

DIE HESSISCHEN HOCHSCHULEN rufen Euch zur **DEMO**  
gegen Rassismus, den Erlaß vom HMI und AusländerInnengesetze,  
am 31.03.90, um 11<sup>00</sup> h, ab Hbf-Wiesbaden, auf.

Veranstalter: HESSISCHE HOCHSCHULEN

DARMSTADT: AStA und AusländerInnenausschuß der THD, AStA und AusländerInnenausschuß der FHD, AStA der EFHD, Jugendverein e.V., TUDÖB, Multikulturelles Kommunikationszentrum e.V., Kurdische Gemeinde e.V., Griechische Studenten Verein, Iranische Studentenorganisation, Nationale Union Syrischer Studenten, BUNTE HILFE, ASUD, ESG, GAFFA an der THD, JUSOS-FH-Hochschulgruppe, Demokratische Einheit, GRÜNEN, IKS e.V. DA., Türkische Frauen Gruppe e.V.,

GIEBEN: AStA und AusländerInnenreferat der FHG, AStA und ASV der UNI, GRÜNEN, ESG, KHG, Solidarität und Freundschaftsverein aus der Türkei, Afrikanischer Verein, BDP-Mittel Hessen, FSCK e.V., DGB Kreis-Gießen,

KASSEL: AStA und AusländerInnenreferat der GhK, Iranische Flüchtlingsrat, Verein der Sympatisanten der KP Iran, Demokratischer Kulturverein, Arbeitskreis Rassismus, DIDF, DIB, Deutsch-Iranischer Kulturverein, Arbeiterwohlfahrt Bezirk-Verband (Bezirk-Nord), Initiativ-Ausschuß ausländischer MitbürgerInnen Hessen Nord, Sozialpolitisches Forum, Deutsch-Türkischer Kulturverein/Karaburun.

FRANKFURT: AStA und AusländerInnenreferat FH Frankfurt, GIS im AStA der UNI Frankfurt, AStA der J.W.Göthe-Universität, Initiative SOS-Rassismus, Elsalvador Komitee.

AStA und AusländerInnenreferat der FH Fulda, AStA und AusländerInnenreferat der FH Wiesbaden, Geisenheim, Rüsselsheim, Idstein, AStA und AusländerInnenreferat der FH Friedberg, AStA und AusländerInnenreferat Uni Marburg, WUS.

Bis jetzt werden unsere Forderungen und die Demo bundesweit von folgenden Hochschulen unterstützt:

AStA und ASV der Gh Paderborn, AStA der FH Konstanz, AStA der FH Hannover, RAK-Rheinlandpfalz, AStA der UNI Trier, AStA der UNI Düsseldorf, AStA der FH Düsseldorf, AStA der FH Niederrhein, Die Autonomen AusländerInnenreferate des AStA der TU und des FU Berlin, AStA der Hochschule für Musik Stuttgart, USTA der FH Ravensburg-Weingarten, AStA der UNI Hildesheim, AStA und AusländerInnenreferat der MH Hannover, Fachschaftsrat Fb. Erziehungswissenschaft Göttingen, SKFH e.V. Mainz, AStA der UNI Hamburg, AStA der FH Hildesheim-Holzwinden-Göttingen, KASTRA der UNI Heidelberg, AStA der Uni-Gh Essen, Sprechrat der Friedrich-Alexander-Uni Erlangen-Nürnberg, Fachschaftsrate-Vollversammlung Tübingen.

Hessenweit: Devrimci Isci, Kawa, Demokratik Birlik, Ekim, ATIF, DIDF, DIB.

# RASSISMUS AUSLÄNDER/INNEN-GESETZE NEIN DANKE!

Das AusländerInnengesetz wird verschärft, im Wahljahr 1990.

Mit der geplanten Erneuerung des AusländerInnengesetzes erreicht die Hetze der Bundesregierung gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge einen neuen Höhepunkt. Dieser Gesetzentwurf verschärft die derzeit geltenden Regelungen von 1965 erheblich.

Das AusländerInnengesetz dient zur Vertreibung ausländischer Familien, Flüchtlingen und ausländischer StudentInnen. So soll, z.B. der Familiennachzug behindert und eingeschränkt werden, AusländerInnen jeweils pro Person 12 qm Wohnraum nachweisen, wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis bekommen wollen, ausländische RentnerInnen ihre Renten verlieren, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, Flüchtlinge in Krisengebieten und Folterstaaten zurückgeschickt werden und ausländische StudentInnen durch verschärfte Studienbedingungen zum Studienabbruch getrieben werden.

Der Sozialabbau der Regierung Kohl dient zur Hetze gegen AusländerInnen und verschleierte eine

- \* verfehlte Arbeitsmarktpolitik (2 Mio Arbeitslose)
- \* verfehlte Wohnungsbaupolitik (Wohnungsmangel, überhöhte Mieten)
- \* verfehlte Sozialpolitik (Gesundheitsreform, BAFÖG)
- \* verfehlte Bildungspolitik (zu wenig LehrerInnen, zu wenig Studienplätze) und fördert
- \* die Ellenbogengesellschaft
- \* die Kriminalisierung der politischen Aktivitäten der AusländerInnen
- \* die AusländerInnenhetze (CDU-Wahlkampf in Hessen)

Die Regierungsparteien versuchen, die AusländerInnenfeindlichkeit systematisch anzuheizen und für ihre Zwecke zu nutzen.

Als Vorreiter profilierte sich der hessische Innenminister Gottfried Milde (CDU) vor einem Jahr, mit einem Entwurf, indem er die Autonomie der hessischen Hochschulen zur Erfüllung ausländerInnenbehördlicher Gehilfen/innen mißbraucht, und somit die Hochschulen degradiert.

Republikaner und Neonazis dürfen ihre faschistischen Parolen offen herschreiben und den Boden bereiten für die Akzeptanz der Fremdenhaßgesetze.

"Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und von daher auch nicht Mitbürger", stellt CDU-Fraktionschef Alfred Dregger klar (Fr. 10.02.89) und das bedeutet für ihn: "Gäste, die man gut behandelt, deren Zahl man aber in Grenzen halten muß" (Fr. 09.02.89).

Die bayerischen CSU-Größen hauen in dieselbe Kerbe. Streibl sorgt sich vor einer "durchmischten und durchraßten Gesellschaft" und fordert: "Wir sind nicht fremdenfeindlich, aber unser Land hat das Recht, sein eigenes Gesicht zu bewahren". Und Waigel scheint sich 50 Jahre zurückzusetzen, wenn er sagt: "Wir bekennen uns zu einem GESUNDEN, NATÜRLICHEN NATIONALBEWÜBTSEIN".

Wehren wir uns alle gegen Rassismus und Sozialabbau.

Wir fordern:

- \* Abschaffung aller AusländerInnengesetze. Gleiche Rechte für alle.
- \* Wiedereinführung der Familienzusammenführung.
- \* Gleiche Studienmöglichkeiten für Deutsche und AusländerInnen
- \* Keine Apartheid in der BRD